

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10

20

30

40

50

60

Mitteilung für die Presse

Zu den Konsequenzen, die nach den Unfällen in den Atomkraftwerken Biblis und Stade in der europäischen Energiepolitik gezogen werden müssen, hat der SPD Spitzenkandidat für die Europawahl, Gerd Walter, heute in Bonn erklärt:

"Nach den Unfällen in den Atomkraftwerken Biblis und Stade muß jetzt die Reform des EURATOM-Vertrages sowie eine konsequente Absicherung der Kohlevorrangpolitik ganz oben auf die Tagesordnung der Europapolitik gesetzt werden. Ein neuer EURATOM-Vertrag muß sich am Ausstieg aus der Kernenergie und größtmöglicher Sicherheit in der Energieversorgung orientieren.

Biblis und Stade zeigen, daß wir mit einem neuen EURATOM-Vertrag in der Europäischen Gemeinschaft dringend eine Zone gemeinsamer Sicherheit vor den Gefahren der Kernenergie brauchen. Wenn kein Bürger auch nur eine einzige Garage an die Grundstücksgrenze seines Nachbarn ohne dessen Zustimmung bauen darf, dann muß das auch für Regierungen und ihre Atomanlagen gelten.

Der Vorrang für eine umweltfreundlich eingesetzte Steinkohle muß auch über 1992 hinaus im Binnenmarkt gesichert werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, Konsequenzen aus den bekannt gewordenen Unfällen zu ziehen. Sie muß das Ruder ihrer Energiepolitik in Brüssel herumwerfen.

Die größte Gefahr für eine vernünftige Energiepolitik kommt nicht aus Brüssel, sondern von einer Bundesregierung, die mit Atomstrom aus Frankreich droht, um den Ausstieg aus der Kernenergie zu unterlaufen und in Brüssel die Verlängerung des Kohle-Jahrhundertvertrages über das Jahr 1995 hinaus zur Disposition stellt. Diese Politik muß zu den Akten gelegt werden."